

und andere, die ihre Kraft in den Dienst unserer gemeinsamen sozialistischen Sache stellen.

Verschiedentlich wurde auch die Frage gestellt, ob es nicht an der Zeit wäre, den sozialistischen Charakter unseres Staates in seinem Namen zum Ausdruck zu bringen und folglich den Namen der Republik zu ändern. Die Kommission ist der Auffassung, daß es dafür keine zwingenden Gründe gibt. Im Gegenteil: Eine der größten Errungenschaften unseres sozialistischen Staates und seiner Bürger auf internationaler Ebene besteht gerade darin, daß die Deutsche Demokratische Republik durch ihre konsequente Friedenspolitik, durch die kompromißlose Ablehnung jeder Gewalt- und Eroberungspolitik im bewußten Gegensatz zum imperialistischen Westdeutschland unter ihrem Namen in der Welt Achtung und Ansehen genießt. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat 1946 als einzige deutsche Partei eine Verfassung für eine einheitliche „Deutsche Demokratische Republik“ vorgeschlagen. Deshalb ist der gute Name unserer Republik auch heute noch eine Verpflichtung für uns und alle guten Deutschen.

In der Diskussion gab es eine Reihe Hinweise, die Unantastbarkeit des Staatsgebietes der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich des Luftraumes und der Territorialgewässer sowie die Rechte der DDR am Festlandsockel verfassungsrechtlich zu verankern. Die Kommission hat diesen Vorschlägen entsprochen und im Artikel 7 eine Ergänzung vorgenommen.

Die nationale Mission der Deutschen Demokratischen Republik wurde bestätigt

In der großen Volksaussprache brachten die Bürger ihren berechtigten Stolz darüber zum Ausdruck, daß die neue, sozialistische Verfassung die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der volksfeindlichen und reaktionären Ordnung in Westdeutschland noch nachdrücklicher unterstreicht.

In der Tat ist die demokratische Prüfung des vorgelegten Verfassungsentwurfes durch das werktätige Volk wie auch der Entwurf selbst ein überzeugender Beweis dafür, wie sehr sich das sozialistische Gesellschaftssystem von der imperialistischen Ordnung in Westdeutschland abhebt. Während in Westdeutschland im Gegensatz zum Text des Grundgesetzes die Macht in den Händen der großen Monopole liegt, hat die Ausarbeitung und Prüfung der sozialistischen Verfassung in der DDR bewiesen, daß hier die werktätigen Klassen und Schichten von ihrem verbürgten Recht Gebrauch machen, die politische Macht auszuüben. In den zahlreichen Versammlungen und Aussprachen wie auch in vielen schriftlichen Stellungnahmen an die Verfassungskommission unterstützten die Bürger ausdrücklich die in der Verfassung enthaltenen Grundsätze über die nationale Politik der DDR. Sie forderten von der westdeutschen Regierung, endlich die Revanchepolitik und die aggressive Alleinvertretungsmaßnahme zu beenden. Diese Politik ist gegenwärtig das Haupthindernis für die europäische Sicherheit. Sie ist die Ursache für die Spannungen in Deutschland und in Europa. Die Einstellung dieser Politik würde nicht nur dem friedlichen Nebeneinander beider deutscher Staaten, sondern dem europäischen Frieden überhaupt dienen.

Die Bürger der DDR verlangten von der westdeutschen Regierung mit allem Nachdruck, endlich auf die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zur Herstellung und Pflege normaler Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen den beiden deutschen Staaten einzugehen und dem Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht mit der DDR zuzustimmen. Die Regierung Kiesinger/Strauß wurde auf gefordert, ihren Wider-